

fentlichen Bibliothek fehlen sollte, die Bestände zur Politik und Politikwissenschaften vorhält.

In den Bestand der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (<http://library.fes.de/index.htm>), eine der größten Gewerkschaftsbibliotheken Europas, hat das Werk Aufnahme gefunden – wie sehr viele Publikationen von und über europäische und globale Gewerkschaftsorganisationen.

Eine englische Ausgabe ist in Vorbereitung und erscheint voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2010.

*Rainer Gries,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn*

IAN BRUFF:

Culture and Consensus in European Varieties of Capitalism.

A »Common Sense« Analysis

Basingstoke 2008

Palgrave Macmillan, 195 S.

Bis in die Anfangsjahre des neuen Jahrtausends besuchten viele deutsche Delegationen die niederländische Stiftung der Arbeit in Den Haag in der Hoffnung, dort zu lernen, wie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung auf ein höheres Niveau gebracht werden können. Anlass war, dass die deutsche Wirtschaft in den 1990er Jahren im internationalen Vergleich relativ zurückgeblieben war, während von den Niederlanden genau das Gegenteil berichtet werden konnte. Die Niederlande waren das Land des »Poldermodells« und galten zusammen mit Dänemark als Vorbild einer Entwicklungsvariante, in der, im Gegensatz zu den USA und Großbritannien, positive Wirtschaftsdaten nicht auf Kosten größerer sozialer Ungleichheit erreicht wurden. Als Geheimnis dieses Erfolgs galt die partnerschaftliche Beziehung zwischen Kapital und Arbeit, die den Konsensus hervorgebracht hatte, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit Wirtschafts- sowie Beschäftigungswachstum nur über Lohnmäßigung zu erreichen ist. In Deutschland fehlte eine derartige konsensuelle Beziehung – trotz des Bündnisses für Arbeit.

Der deutsch-niederländische Vergleich steht im Mittelpunkt des Buches von Bruff: Warum Konsensus im einen Fall, aber im anderen nicht? Und was heißt eigentlich Konsensus; sind dann alle einer Meinung oder kann auch von Konsensus gesprochen werden, wenn ein Spieler sich dem beziehungsweise den anderen anpasst? Bruff geht diesen Fragen in zwei Perioden nach: der von der Mitte der 1990er bis Anfang der 2000er Jahre und der direkt darauf folgenden von 2002 bis zur Niederschrift des Buches. Dessen originelle empirische Basis sind Interviews mit Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in beiden Län-

dern. Den konzeptionellen Rahmen von Bruffs kritischer Analyse liefert Gramscis Theorie vorherrschender Anschauungen und Ideen (»common sense«).

In den Niederlanden hatte sich in der Nachkriegszeit der »common sense« von Staat, wirtschaftlichen Forschungsinstituten – vor allem dem »Centraal Planbureau« –, Unternehmerverbänden und weitgehend auch den Medien herausgebildet, dass Lohnmäßigung die passende Antwort auf die zunehmende internationale Konkurrenz ist. Sie ist gut für die Exporte, diese sind gut für die Gewinne und letztere für Investitionen und Arbeitsplätze. Alternative Auffassungen der Gewerkschaften hatten da kaum eine Chance. Mitte der 1960er Jahre begann eine ganz kurze Periode keynesianischer Dominanz, aber spätestens mit der Ölkrise von 1974 war diese Periode vorbei. Das berühmte Abkommen von Wassenaar von 1982 stand dann wieder ganz im Zeichen von Lohnmäßigung. Die Gewerkschaften wollten mehr Beschäftigung über Arbeitszeitverkürzung erlangen, aber sie konnten sich mit ihren Ideen nur scheinbar ein wenig durchsetzen. Der Wassenaarer Kompromiss lautete auf dem Papier »Lohnmäßigung gegen Arbeitszeitverkürzung« (Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich), aber letztlich lief die Operation einzig auf Lohnmäßigung hinaus. Die Gewerkschaften schwächelten und passten sich an. In den Medien und in der Literatur wurde das dann Konsensus genannt. Bruff zeigt, dass dieser Begriff strikt genommen fehl am Platze ist. Zudem war der Erfolg der Niederlande vor allem der Umsetzung von Vollzeit- in Teilzeitstellen und dem stark gestiegenen, hypothekfinanzierten Konsum geschuldet.

Beeindruckt vom Nachbarland wurde mit dem Bündnis für Arbeit in Deutschland versucht, den niederländischen Erfolg nachzuahmen. Hierzulande gab es aber keine vergleichbare Tradition der Lohnmäßigung, waren die Gewerkschaften stärker und ihre Auffassungen einflussreicher, war der Staat kein Mitspieler in Lohnverhandlungen und fehlte dem wirtschaftspolitischen Rezept der Lohnmäßigung daher die selbstredende Dominanz. Der 1998 vereinbarte Tausch zwischen Arbeit und Kapital war Lohnmäßigung gegen Arbeitsplatzgarantie für alle Lehrstellensucher. Diese Arbeitsplatzgarantie verschwand jedoch nach einem Jahr schon wieder und damit auch der gesamte Tausch. Und ohne Gegenleistung waren die deutschen Gewerkschaften im Gegensatz zu den niederländischen nicht zu besonderer Mäßigung bereit.

Als die Aktien-Seifenblase in den Jahren 2000 und 2001 platzte und in einigen Ländern, wie in den Niederlanden, die zuvor rasant gestiegenen Hauspreise zu stagnieren begannen, schlitterte die Ökonomie in die Krise. In den Niederlanden war das Rezept wie eh und je die Lohnmäßigung, und nach einiger Gegenwehr und kosmetischem Entgegenkommen erklärten sich die Gewerkschaften zur Mäßigung ohne nennenswerte Gegenleistung bereit. Man war sich wieder einig: Konsensus!

In Deutschland kam es dagegen wieder zu keinem Konsensus, aber jetzt wohl zu Lohnmäßigung, ja zum Stillstand der Lohnentwicklung für mehrere Jahre. Schon seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hatte die »Standortdebatte« einen

prominenten Platz in der öffentlichen Diskussion erlangt. Ohne Flexibilisierung von Löhnen und dem Arbeitsmarkt, so der Tenor, seien deutsche Unternehmen nicht von massiver Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland abzubringen. Die Reformpläne der rot-grünen Regierung trugen dem Rechnung in Form der geplanten Agenda 2010. Krise und der Wahlkampf 2001/2002 lieferten der Standortdebatte neue Munition. Kulminationspunkt waren dann die Lohnforderungen der IG-Metall, die auch im internationalen Vergleich und bei Inrechnungstellung des Abschlags in Verhandlungen kaum anders denn exorbitant bezeichnet werden konnten. Sie brachten den Metallern und den Gewerkschaften insgesamt den Schwarzen Peter ein. Hohe Lohnforderungen bekamen den öffentlichen Stempel des Unsozialen und Unverantwortlichen, Flexibilisierung und Lohnmäßigung dagegen ihre Weihe.

Bruff liefert eine gut fundierte und zuweilen interessante Analyse der wirtschaftspolitischen Entwicklung der Niederlande und Deutschlands, und seine vergleichende Studie bringt Besonderheiten hervor, die sich einer Einzelbetrachtung verschließen. Etwas mehr Ausführlichkeit wäre allerdings wünschenswert gewesen, und dasselbe muss man von der Einbeziehung wirtschaftlicher Daten sagen. Wie war die Beschäftigungslage der beiden Länder denn genau, wie entwickelte sie sich in den letzten Jahrzehnten, wie flexibel oder rigide waren die Arbeitsmärkte usw.? Diese Dimension fehlt völlig im Buch. Das Gramsci-Korsett, dem Bruff anhängt, ist zu sehr auf eine einfache Klassendichotomie ausgerichtet und daher vielleicht doch ein wenig zu verstaubt für eine fruchtbare Analyse. In der empirischen Analyse des Autors bemerkt man dieses Korsett aber kaum.

*Uwe Becker,
Universität von Amsterdam*

**ANNEGRET BENDIEK / HEINZ KRAMER (Hrsg.):
Globale Außenpolitik der Europäischen Union.
Interregionale Beziehungen und »strategische Partnerschaften«**

Baden-Baden 2009

Nomos, 237 S.

Gleich vorweg: Der Titel verspricht mehr als geboten wird. Es handelt sich um keine Gesamtschau der EU-Außenpolitik, vielmehr werden verschiedene Regionen und Partnerschaften ausgewählt und unterschiedlich präsentiert. Die Erklärung der Herausgeber, warum etwa die Beziehungen zu Russland nicht behandelt werden (hier ginge es um die Gestaltung der Ordnung in Europa, was nicht unter das Thema »globale Außenpolitik« falle) oder der herausgeberische Offenbarungseid, dass eine Darstellung der Beziehungen zu den USA einfach deshalb nicht erfolgt, weil dies zu umfangreich wäre, sind mehr als dürftig und weder wis-